

IG-Metall-Mitgliederversammlung: 300 Daimler-Kollegen protestieren

Gegen die ERA-Einführung

Auf der Mitgliederversammlung der IG-Metall am 20. Februar in unserer Kantine haben so viele Kollegen wie noch nie zuvor teilgenommen. Die überwältigende Mehrheit der 300 anwesenden IG-Metall-Mitglieder waren sich einig, dass der abgeschlossene Tarifvertrag sowie ERA ausgesetzt werden muss.

Schon zu Beginn wurde die Begrüßungsansprache der Betriebsräte mit Zwischenrufen wie „**ERA muss weg**“ unterbrochen.

Seit letzter Woche Mittwoch liegt dem Betriebsrat bereits ein Schreiben von einem Berliner Rechtsanwalt vor, um die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung, durchzusetzen.

Die Kollegen sahen es als eine Beleidigung an, dass die gesammelten rund 1.000 Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung, vom Betriebsrat verweigert wurde. **Das Votum der Kollegen, die unterschrieben haben, wird nicht respektiert.**

Mustafa Efe, kämpferischer Betriebsrat, forderte die Betriebsratsspitze auf, sofort ihre gesetzlichen

Pflichten nachzugehen und eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen.

Gefragt, wer die außerordentliche Betriebsversammlung unterstütze, standen die Kollegen geschlossen auf. Sie signalisierten unter tosendem Beifall somit noch einmal, dass sie hinter dem Antrag stehen.

In der Versammlung wurden gezielte und sachliche Fragen gestellt, die kaum beantwortet wurden. Unter anderem stellten die Kollegen die Frage, wie der Betriebsrat erklären kann, dass es 31% „Unterschreiter“ (durch ERA angeblich besser gestellt) geben würde, obwohl die Bestandteile des ERA angeblich noch nicht geklärt sind.

Trotz vieler gesprochener Worte der Betriebsratsspitze, kam keine vernünftige Antwort heraus. Zum Abschluss haben wir uns die Frage gestellt, ob die Mehrheit der Betriebsräte sich als Co-Manager der Konzernleitung versteht.

Die Kollegen brachten ihre Wut zum Ausdruck und fordern: „ERA soll nicht zum Lohnraub werden!“ Der Mehrheit der Kollegen war klar: Ohne einen Kampf wird es keinen Erfolg für eine gerechtere Entlohnung geben.